

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abz. teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturufen hinfällig wird. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 27

Altensteig, Mittwoch den 3. Februar 1932

55. Jahrgang

Englisch-amerikanische Intervention

im sibirischen Konflikt

Genf, 2. Febr. Die für heute nachmittags drinalich einberufene Ratssitzung, die durch die Anwesenheit des französischen Kriegsministers Tardieu, des britischen Ministers für die Dominien Thomas und des italienischen Außenministers Grandi das Gepräge einer großen politischen Aktion erhielt, brachte die Mitteilung über eine energische englisch-amerikanische Intervention im japanisch-chinesischen Konflikt. Tardieu stellte als Präsident des Rates zunächst mit, daß die gegenwärtige Sitzung auf Antrag der britischen Delegation einberufen worden sei, und erteilte sofort Thomas das Wort. Dieser verlas eine Erklärung, in der ausgeführt wurde: Die britische Regierung ist der Ansicht, daß es unzulässig ist, die gegenwärtige Lage in Ostasien andauern zu lassen. Es erlaube sich dort Dinac, die bis auf den Namen einen Kriegszustand darstellen. Die Völkerbundschlichtung, der Kelloggpaakt und der Renunziationsvertrag müssen allen Kredit in der Welt verlieren, wenn dieser Zustand andauert. Die Vereinigten Staaten haben von Anfang an zerküßenerweise dieselbe Auffassung über die Lage gezeigt. Beide haben alle bisherigen Bemühungen zur Besserung der Lage sich als fruchtlos erwiesen.

Im Einvernehmen mit der Regierung der Vereinigten Staaten hat sich die britische Regierung nunmehr entschlossen, dem gegenwärtigen bedauerlichen Zustand der Dinge zu einem Ende zu bringen, und sie hofft, daß andere Staaten sich diesem Borgehen anschließen werden. Die beiden Regierungen haben sowohl in Peking als auch in Tokio das formelle Erklären übermitteln, alle Gewaltakte und alle Vorbereitungen für Feindseligkeiten einzustellen. Sie haben die Zurückziehung der Truppen in Schanghai und die Errichtung einer neutralen Zone und sofortige Aufnahme von Verhandlungen zur Beilegung der Streitpunkte im Geiste des Kelloggpaaktes und der Entschließung des Völkerbundesrates vom 2. Dezember gefordert.

Thomas gab anschließend den Wortlaut der heute nachmittags im englischen Unterhause zur Beratung gelangenden Regierungserklärung über den ostasiatischen Konflikt bekannt.

In einer kurzen Erklärung teilte sodann der Vertreter Frankreichs, der Kriegsminister Tardieu, mit, daß Frankreich seine Vertreter in Tokio und Peking angewiesen habe, sich dem Schritt der englischen Regierung anzuschließen. Gleichzeitig sei Vorlesung für eine Verstärkung der französischen Marinegeschwader und der französischen Landstreitkräfte getroffen worden. Der Vertreter Italiens, Außenminister Grandi, machte sodann ebenfalls eine offizielle Mitteilung, daß Italien sich zu ähnlichen Schritten wie Großbritannien entschlossen habe. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß die beiden Regierungen in Tokio und Peking alles daran setzen werden, damit in absehbarer Zeit eine sichtbare Besserung der Lage zu verzeichnen wäre.

Der Vertreter Deutschlands, Gesandter Freiherr von Weizsäcker, erklärte, er werde nicht verfehlen, sofort seiner Regierung die im Rat heute abgelesenen Erklärungen zu übermitteln, damit die deutsche Regierung die ihr notwendig erscheinenden Schritte unternehmen könne. Niemand würde sich mehr trauen als die deutsche Regierung, wenn bald eine Verhandlung im Fernen Osten eintrete.

Der Vertreter Chinas, Botschafter Wen, sprach seine Genugtuung über die abgegebenen Erklärungen aus, die er seiner Regierung unverzüglich übermitteln werde. Außerordentlich ernst und beherrschend sprach dann der Vertreter Japans, Botschafter Sato, der nur mit Mühe seine innere Bewegung verbergen konnte. Sato ließ eine Erklärung, die im wesentlichen aus Telegrammen seiner Regierung bestand, verlesen, um nachzuweisen, daß an den Vorfällen in Schanghai China die Schuld trage. Der japanische Vertreter versuchte im übrigen nachzuweisen, daß die letzten Forderungen der Mächte sich mit den schon lange bestehenden Wünschen Japans decken. Der Generalsekretär des Völkerbundes teilte mit, daß der Bericht des Schanghai-Konjunktionsmittels über die Vorgänge in Schanghai noch nicht vorliege und regte an, die weitere Behandlung des Falles bis zum Eintreffen dieses Berichtes zu verschieben.

Tardieu erklärte sich in seinem Schlusswort im Namen des Rates mit diesem Verfahren einverstanden und stellte zur maßgeblichen Seite der Frage fest, daß die heutige Ratssitzung die Bedeutung habe, daß sich der Völkerbundrat mit seiner moralischen Autorität der Aktion der ansehnlichsten Mächte anschließe.

Japanische Verstimmung über das Einreisen Amerikas und Englands

Tokio, 2. Febr. Die amerikanischen und englischen Vorstellungen bei Japan wegen der Vorfälle in Schanghai haben hier erhebliche Aufregung und Verstimmung verursacht. Nach japanischer Auffassung sind der Tatbestand und die Absichten Japans völlig bekannt und falsch abgeurteilt worden. Das japanische Kabinett hat nunmehr beschlossen, ohne Rücksicht auf transoceanische fremde Schritte die bisherige Politik beizubehalten.

Auch Italien jenseit Tsingtau nach Schanghai
Rom, 2. Febr. Der italienische Ministerpräsident Mussolini gab Befehl, den Kreuzer „Trento“ und den Torpedobootzerstörer „Espero“ mit Truppenabteilungen nach Schanghai zu entsenden.

Eröffnung der Abrüstungskonferenz

Genf, 2. Febr. Zur allgemeinen Überraschung wurde um 12.30 Uhr vom Völkerbundsekretariat mitgeteilt, daß der Beginn der Eröffnungssitzung der Abrüstungskonferenz um anderthalb Stunden verschoben worden sei. Diese Verschiebung hängt damit zusammen, daß der Völkerbundrat heute nachmittags um 2.30 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden ist. Den Vorsitz der heutigen Ratssitzung wird der französische Kriegsminister Tardieu führen. Der französische Senator Paul-Boncour ist von seiner Reise nach Paris noch nicht zurückgekehrt.

Die frühere und plötzliche Einberufung des Rates wird darauf zurückgeführt, daß in Genf bei allen Abordnungen neue alarmierende Nachrichten aus dem Fernen Osten eingetroffen sind. Die Eröffnung der Abrüstungskonferenz vollziehe sich unter dem tiefen Eindruck dieser außerordentlich ernsten Lage in China.

Die offiziellen Listen der Abordnungen zur Abrüstungskonferenz enthalten etwa 600 Namen, die von der Beteiligung aber nicht annähernd ein Bild geben, da z. B. die japanische Abordnung, die etwa 100 Köpfe stark ist, in diesem Verzeichnis nur mit einigen Hauptdelegierten aufgeführt ist. Bei einer großen Anzahl von Abordnungen erscheint der Außenminister als Delegationschef. Der Kriegsminister ist nur bei Frankreich Delegationsführer. Naturgemäß sind die militärischen Sachverständigen in sämtlichen Abordnungen stark vertreten. Bei den Plenarsitzungen nehmen die Vertreter ihre Plätze nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Länder ein. Für die deutsche Abordnung sind in einer der ersten Reihen sechs Plätze vorbehalten. Der militärische Charakter der Konferenz tritt, da sämtliche Delegierte in Zivil erscheinen, in dem äußeren Bild nicht hervor.

Die Abrüstungskonferenz wird sich nach der heutigen formalen Eröffnungssitzung sofort bis Anfang nächster Woche vertagen, um inswischen eine Reihe innerer Anordnungen durch Ausschüß. regeln zu lassen.

Henderson wird in seiner Eröffnungssprache, die nach allen Erdteilen im Rundfunk verbreitet wird, vermeiden, die heißen Fragen zu berühren, und um so mehr die großen Grundzüge betonen. Er wird die in den letzten Jahren abgeschlossenen internationalen Pakte erwähnen, die in Verbindung mit einer Herabsetzung der Rüstungen ein Bollwerk des Weltfriedens bildeten. Die Eröffnungssitzung

Genf, 2. Febr. Die allgemeine Abrüstungskonferenz ist Dienstag nachmittags 4.30 Uhr mit der durch die drinalich einberufene Ratssitzung verursachten einstündigen Verspätung im diesigen Volkshausgebäude von ihrem Präsidenten Arthur Henderson eröffnet worden. Bald nach 4 Uhr begann unter starkem Interesse der Genfer Bevölkerung und der zahlreichen hier eingetroffenen Fremden die Aussprache der Delegierten. Die Plätze der Delegationen und die geräumigen Tribünen für Presse und Publikum, die während der Völkerbundversammlung, die in demselben Gebäude tagt, meistens nur spärlich besetzt sind, füllten sich rasch.

Eröffnungssprache Hendersons

Genau um 4.30 Uhr stimmten die Kampen an der Stirnseite des Konferenzsaales auf und beleuchteten den Präsidentensitz auf dem Henderson zwischen dem Generalsekretär des Völkerbundes und dem französischen Dolmetscher Platz angenommen hat. Vor ihm sitzen die leitenden Beamten des Sekretariats, sowie weitere Dolmetscher und Protokollschreiber. Die drei üblichen Hammerreden ertönen und Henderson, der sitzend spricht, beginnt: seine Eröffnungssprache.

Er leht in langer Ausführung dar, daß hier 1700 Millionen Menschen, die Staaten in- und außerhalb des Völkerbundes, durch 60 Regierungen vertreten seien, daß es sich um die größte internationale Zusammenkunft seit Kriegsende handle, und daß es noch nie eine Konferenz mit wichtigeren Zielen gegeben habe. Wenn keine Klusion über ihre Schwierigkeiten auskommen dürfte, so dürfte man sich doch auch nicht entmutigen lassen und müsse sie überwinden. Da keine feste Tagesordnung vorliege, sei die klare Erkenntnis der Aufgabe um so wichtiger. Sie zielt auf eine kollektive Einigung, auf eine wirkliche und wertvolle Verminderung der Rüstungen und auf die Festsetzung von Konferenzen mit gleicher Zielsetzung ab. Der Bestand der Rüstungen sei der Grund wechselseitiger Furcht und fortbestehenden Mißtrauens. So sei eine irren Meinung, daß die Sicherheit der Völker auf ihrer Rüstung beruhe; sie bilde keinen Schutz gegen den Krieg, sondern sei ein sicheres Mittel zur Aufrechterhaltung der Unsicherheit. Zudem er auf die Kosten und die Folgen des Weltkrieges und auf die erschreckenden Perspektiven eines künftigen Krieges verweist. fordert Henderson nochmals klar, zielbewusste und konstruktive Arbeit und billigt dem Völkerbund die Erkenntnis dieser seinem Sinne nach grundlegenden Aufgabe zu. Henderson gibt im Anschluß hieran einen längeren technisch gehaltenen Ueberblick über die gesamten bisherigen Vorarbeiten innerhalb und außerhalb des Völkerbundes auf dem Wege zur Abrüstung, wobei er nur gelegentlich ein Wort der Kritik einfließen läßt. So spricht er bei dem Verhältnis zwischen Sicherheit und Abrüstung von einem „circulus vitiosus“, in dem man von Anfang an geraten sei. Während er nur kurz von den verschiedenen Plattenkonferenzen spricht und sich jede Würdigung ihrer Ergebnisse versagt, verweist er eingehend bei dem Konventionssentwurf der von vereinigten Abrüstungskommissionen

„Der Konventionssentwurf“, so erklärt er wörtlich, „ist dazu bestimmt, einen Rahmen abzugeben, durch den die Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen erreicht werden kann. Er schreibt Methoden vor, aber er enthält keine Zahlen, und es wird Aufgabe der gegenwärtigen Konferenz sein, seine praktische Bedeutung zu bestimmen. Der Konventionssentwurf ist überdies kein durch allgemeine Übereinstimmung zustande gekommenes Dokument. Selbst was die Methoden betrifft, gingen die Meinungen auseinander. Einige Artikel wurden durch Mehrheitsabstimmungen angenommen, wobei die Stimmenthaltung zahlreich war, auch wurden zahlreiche Vorbehalte von verschiedener Erheblichkeit gemacht. Einige dieser Vorbehalte wurden von Delegationen gemacht, die den Konventionssentwurf nicht als brauchbar betrachteten, während andere Delegationen im entgegengekehrten Sinne mit der Begründung, daß einige Bestimmungen zu weit gehen, Vorbehalte machten. So braucht kaum hinzugefügt zu werden, daß es der Konferenz frei steht, alle anderen Pakte oder Vorschläge, die ihr etwa unterbreitet werden, zu prüfen. Ich fordere alle anwesenden Delegationen zur weitestgehenden Mitarbeit bei der Aufstellung positiver, praktischer Vorschläge oder Alternativpläne an. Der Konventionssentwurf kann am besten als Ueberblick über die uns vorliegenden Probleme betrachtet werden. Er zeigt, wie man an diese Probleme heranzugehen ist und gibt an, in welcher Richtung ein Höchstmaß von Übereinstimmung erreicht worden ist. Nach Aufklärung der Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz wies Henderson kurz auf den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Wirtschaftslage hin. Es werde, so erklärte er u. a., überall begrüßt werden, wenn durch die Abrüstung die schweren finanziellen Leiden der Staaten erleichtert und damit der in schwere wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Welt die sehr notwendige Entlastung bähft werde.

Am Schluß seiner Rede sprach Henderson kurz die wichtigsten der Konferenz ein: „Die Welt braucht Abrüstung. Die Welt will Abrüstung. Es liegt in unserer Macht, die Geschichte der Zukunft formen zu helfen. Hinter all den technischen Fragen, Wissenschaften, Geschwistigkeiten, Tonnagen, Kategorien usw. steht das Wohlwollen der Menschheit, die Zukunft unserer sich entwickelnden Zivilisation. Die Menschheit erwartet von der Konferenz, daß sie ihr die Gabe der Verhütung von der Bedrohung des Friedens und der Sicherheit, die in der Verheerung großer nationaler Rüstungen immer tiefer sinkt, sichert. Sind wir bereit, unsere Aufgabe ins Auge zu fassen? Sind wir, jeder Staat unter uns bereit, unsere Politik in dem Glauben zu formen, daß der Krieg der Vernunftarbeit anseht, daß wir endlich auf den Krieg als Instrument der nationalen Sicherheit verzichten haben? Sind wir bereit, uns zusammenschließen, um die Gelegenheiten, solange sie sich uns noch bietet, zu ergreifen, um die Völker eine weitere Etappe zu den erhabenen Gezeiten des Friedens und der Zusammenarbeit zu führen? Da kann für jedes Volk nur Freiheit bestehen, wenn es sein Leben ohne Furcht vor Ungerechtigkeit, vor Angriffen, vor Unterdrückung oder vor Krieg leben kann. Es kann nur Gleichberechtigung für jedes Volk in der freien Gesellschaft sein, die wir zu bauen begonnen haben. Es kann nur Beherrschung unter den Völkern bestehen, wenn sie künftig nicht mehr tödliche Feinde, sondern treue Freunde sind!“ Ihre Anwesenheit hier ist Ihre Antwort. Ihre Anwesenheit ist das Versprechen, daß wir unser Ziel erreichen werden. Geben wir an unsere Aufgabe in dem sicheren Bewußtsein heran, daß es in unserer Macht steht, durch die Arbeit, die wir hier leisten, die Entscheidungen, die wir hier treffen, das Maß von Übereinstimmungen, das wir hier erzielen, die Völker zu diesen verheißenen Höhen führen.

Die Rede, die auf alle deutschen Sender übertragen wurde, fand sehr lebhaften Beifall bei den 410 teilnehmenden Delegierten und beim Publikum.

Französische Manöver

Paris, 2. Febr. Die französische Regierungspresse ist sehr eifrig am Werk, um im voraus alle erwarteten Angriffe gegen die französische Haltung auf der Abrüstungskonferenz zu entkräften. So steht außer Zweifel, daß Frankreich mit großem Aufwand die Behauptung von heimatlichen Rüstungen Deutschlands vordringen wird, um die Aufmerksamkeit von den schwachen Punkten seiner eigenen Stellung abzulenken. Kriegsminister Tardieu ist mit einem großen Aufwands nach Genf abgereist, das angeblich Beweise für diese Behauptungen liefern soll. In der Tat ist die größte Sorge der französischen Regierung, daß ein Mißverständnis der Konferenz Deutschland und anderen Mächten, denen die bekannten Beschränkungen auferlegt sind, zu der Erklärung veranlassen könnte, daß die Gültigkeit dieser Bestimmungen erloschen sei. Die französische Abordnung wird daher ihre ganze Kraft daran setzen, um auf jeden Fall das weitere Bestehen aller Vertragsbestimmungen zur Anerkennung zu bringen. Der Kleinverhandlung, der in Montreux tagt, wird nach Mitteilungen des „Matin“ einen neuen Vorschlag einbringen und auf moralische Abrüstung dringen. Darunter soll die Unterbindung von Versäufeln in der Arbeit gewisser internationaler Organisationen verstanden werden.



Der Krieg im Fernen Osten

Die Japaner greifen Schanghai an

Schanghai, 2. Febr. 2000 japanische Marineinfanterie haben den Anriff auf Schanghai begonnen, nachdem diese Stadt mit schwerem Geschützfeuer besetzt worden war.

Die Lage in Shanghai. — Ein neuer Brand in Tschapel.

Shanghai, 3. Febr. Heute früh herrschte an der Tschapel-Front Ruhe; nur vereinzelte Schüsse von Scharfschützen waren vernnehmbar. Im Nordwesten von Tschapel ist ein neuer Brand ausgebrochen. Bei den gestrigen Geschehen ist ein Japaner getötet und 2 sind verwundet worden. Die Chinesen dagegen sollen mehrere Tote gehabt haben.

Auch Deutschland appelliert an China und Japan

Berlin, 3. Febr. Die Reichsregierung hat, wie die Hoffische Zeitung berichtet, an die Regierungen in Tokio und Nanking Telegramme geschickt, die besagen, daß Deutschland sich im Interesse der Wiederherstellung friedlicher Zustände den Protesten der übrigen Ratsmächte anschließt. Es ersucht darum, daß die Kriegsvorbereitungen und alle feindseligen Aktionen sofort eingestellt und daß insbesondere die japanischen Truppen aus Shanghai zurückgezogen werden. Die chinesische und japanische Regierung sollten sofort zur Regelung ihrer Streitfragen Verhandlungen aufnehmen.

Frankreich und Japan

Paris, 2. Febr. Die Botschaftern von französischer Seite, daß keine geheimen Abmachungen mit Japan getroffen sind, werden fortgesetzt. Auch die Bank von Frankreich stellt in Rede, daß sie Gold nach Japan verschifft habe. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die französischen Auslandsvertreter sich an den diplomatischen Schritten Amerikas und Englands beteiligen, und daß die Befehle in der französischen Kabinettbeschlüssen in Schanghai durch neue Truppenbewegungen aus Indochina auf 5000 Mann gebracht werde.

Japan und China erhalten keine „Kriegs“-Anleihen in New York und London

New York, 1. Febr. Namens der führenden Bankiers von der Wall Street wurde heute erklärt, daß weder Japan noch China in Stand gesetzt werden würde, in New York oder London Anleihen zur Finanzierung eines Krieges zu erlangen.

Wagemanns Geldreform

Auf Einladung der Studien-Gesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft sprach Professor Wagemann über seinen „Plan einer Geld- und Kreditreform als Ausweg aus der Krise.“

Im jedem möglichen Zweifel vorzubereiten vorzubereiten, erklärte er vor Beginn seines Vortrages, daß sein Plan eine private wissenschaftliche Arbeit sei, und daß die Reichsregierung und die Reichsbank dem Plan völlig fernstünden. Wagemann betonte, daß der Plan mit einer Inflation nicht das geringste zu tun habe, sondern im Gegenteil die Gefahr einer Wertentwertung vielmehr bannen könnte. Er fuhe auf sicheren Erkenntnissen der Wirtschaft und solle nichts weiter sein als eine organische vorläufige Fortbildung der guten Dinge, die wir jetzt schon hätten.

Es sei notwendig ein System des Geld- und Kreditwesens zu schaffen, wobei dafür Sorge getragen werden müsse, daß das Bankwesen den Bedürfnissen der Wirtschaft entspreche. Die Reform wolle keine Wertentwertung, keine Inflation, keine Deflation, keine Parallel-Währungen, keine Noten- oder sonstige Inflation, einmal sie nicht einmal eine Notenmehrung vorsehe, aber auch keine Deflation. Was der Reformplan erstrebe, sei die Zurückholung der inländischen Gelder in den Bankapparat und damit Steigerung der Liquidität der Kreditinstitute und der Wirtschaft, ferner Hemmung der Kapitalflucht und Zurückhaltung des ins Ausland getragenen Geldkapitals, Aufhebung der eingefrorenen Kredite. Der Staat werde die Reform mit besonderer Sicherheit umsetzen werden, wenn ja, wie der Gelehrte die Banknote als Zahlungsmittel schätze. Die Reform des Giro-Systems erfordere seine Stellung unter ein besonderes Recht, und für die Giro-Reform sei Bedenken mit besonders liquiden Mitteln notwendig. Schließlich behandelte er noch seine Gedanken über eine Aenderung des Notensystems, wobei er davon ausging, daß die Möglichkeiten des Notenumlaufs auf die Erfordernisse des Giroverkehrs eingeschränkt sein müßten. Im Interesse des Ausweises der Zahlungsbilanz lege auch er den größten Wert auf eine ausreichende Golddeckung. Es sei aber verfehlt, die Goldreserven in Verbindung mit den Zahlungsmitteln zu bringen, die letztlich der Verbrauchswirtschaft dienen. — Die Industrie- und Handelskammer Berlin erklärt zum Wagemann-Plan, sie könne die Voraussetzung, daß eine falsche Organisation unseres Geld- und Kreditwesens die Hauptursache an der Zuspaltung der Krise traue, nicht als berechtigt anerkennen.

Rundgebung des Reichslandbundes

Berlin, 1. Febr. Der Reichslandbund veranstaltete eine Rundreise an der Vertreter der Landbünde aller deutschen Länder teilnahmen. In seinem Hauptquartier führte der geschäftsführende Präsident, Graf von Kaldreuth, u. a. aus:

Der Appell des Reichslandbundes an die internationale Wirtschaftssolidarität verman nicht zu verhindern, daß das Ausland die Blockade der deutschen Exportmärkte dauernd verhält; und aus die Kredite entsteht. Der Reichslandbund steht auf dem Standpunkt, daß auch heute noch die wirtschaftliche Lebensmöglichkeit und die politische Freiheit des deutschen Volkes erreicht werden können, wenn die Fäden der Notenerregung in die Hand von Männern gelenkt werden, die den Willen in entschlossener Tat aufbringen. Es muß in aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß das deutsche Volk an Reparationszahlungen schon mehr geliebt hat, als die Grundlage des Friedensvertrages von 1919 verlangte. Aber auch wenn es gelingt, weitere Reparationszahlungen fernzuhalten, so bleibt die Lage noch immer hoffnungslos, wenn nicht die Grundübel beseitigt werden: Die zunehmende Arbeitslosigkeit und die schrumpfende Kauf- und Produktionskraft der Landwirtschaft. Beide können eng miteinander zusammen

hängen und haben ihre gemeinsame Quelle in der vertriehten Exportpolitik Deutschlands. Nur die deutsche Erde kann heute dem Volke noch Brot und Arbeit sichern. Aber die Produktivkraft des deutschen Aders ist am Erliegen. Allein durch die Verbilligung der Ausgabenseite des Landwirts kann die Unrentabilität nicht erfolgreich bekämpft werden. Die Einnahmeseite muß auch dann gesteigert werden, wenn es nicht in den theoretischen Rahmen der allgemeinen Preisentwertung hineinpaßt. Der Versuch, die Einnahmeseite der Landwirtschaft durch Erhöhung des Butterpreises zu steigern, kommt zu spät und ist zudem unzureichend. Der Druck, den der Ernährungsminister auf die Roggenpreise ausübt, wird sich im kommenden Herbst schwer rächen.

Die Schuldenlast der deutschen Wirtschaft ist nur dann tragbar, wenn durch weitere wirkungsvollere Einsätze in die Zinsgestaltung die Belastung auf ein erträgliches Maß abgemindert wird. Eine Schuldentilgung kann natürlich auch an den Auslandschulden nicht vorübergehen. Wie es jetzt bei der Zinsentwertung wegen Mangel an Gut zur Wahrheit gekommen ist, Sicherung der Staatskassen um jeden Preis ohne Rücksicht auf Rentabilität der Wirtschaft muß zwangsläufig zu einer Vernichtung der Wirtschaft führen.

Ausgangspunkt für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Beseitigung unseres starren Lohnsystems. Ich halte die schematische Lohnentwertung für einen wirtschaftlichen Fehler, geschaffen aber werden muß eine größere Freiheit der Arbeitnehmer, Arbeit zu suchen und anzunehmen, wo sie sich bietet. Auch eine Neuorganisation der Arbeitslosenversicherung ist notwendig. Einer der wirksamsten Wege zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist die Wiederherstellung der Wehrbarkeit des deutschen Volkes. Statt Abrüstung der anderen sollten wir nach dem Grundsatz „gleiches Recht für alle“ die Wiederherstellung der deutschen Wehrbarkeit fordern. Der Landwirt hat es für seine Pflicht gehalten, seine Kampftruppe einzusetzen für die Erreichung einer Regierung, die den Willen besitzt, die deutschen Kraftquellen in schwerster Schicksalsstunde auszuheilen und die letzten Reserven einzusetzen im Kampfe für Freiheit und Leben des deutschen Volkes.

Neues vom Tage

Rücktritt der anhaltischen Regierung

Dessau, 2. Febr. Ein nationalsozialistischer Antrag, der dem Staatsministerium das Vertrauen entzieht, wurde mit 19 gegen 17 Stimmen angenommen. Darauf erklärte die Regierung ihren Rücktritt.

Der badische Innenminister Oberste Landesbehörde

Berlin, 2. Febr. Der badische Minister des Innern ist auf Grund der Notverordnung vom Staatsministerium als Oberste Landesbehörde bestimmt worden. Die ihm damit übertragenen Befugnisse hat der Minister dem Direktor des Statistischen Landesamtes Karlsruhe, Dr. Dehst, weiter übertragen. Das Statistische Landesamt ist die zentrale Stelle des Landes für Preisprüfung und -überwachung.

Uebertritt zu den Deutschnationalen

Berlin, 1. Febr. Der bisher der Wirtschaftspartei angehörende preussische Landtagsabgeordnete Meuß ist zur Deutschnationalen Volkspartei und Landtagsfraktion übergetreten. Er begründet diesen Schritt in einer Erklärung damit, daß er sich überzeugt habe, daß eine wirksame Vertretung des Schutens des Privateigentums einzeln und allein in der Deutschnationalen Volkspartei im Sinne des Programms ihres Parteiführers Dr. Dingeldey gewährleistet ist.

Der Reichspräsident zum 200jährigen Bestehen der preussischen Gesundheitsverwaltung

Berlin, 2. Febr. Der Reichspräsident hat zum 200jährigen Bestehen der preussischen Gesundheitsverwaltung an den preussischen Oberlandtagspräsidenten ein Glückwunschschreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: Ich hoffe und vertraue, daß die preussische Gesundheitsverwaltung, die insbesondere nach dem Kriege wertvolle Aufbauarbeit geleistet hat, auch in der Zukunft der deutschen Pflanzung und der deutschen Landwirtschaft eine starke Stütze bleiben wird.

Aus Stadt und Land

Allensteig, den 3. Februar 1932.

— Reichsbahn zählt Reisende. Die Reichsbahn hat bestimmt, daß im Jahre 1932 die Reisenden und Plätze in allen Zügen des Personenverkehrs an folgenden Tagen zu zählen sind: Am Sonntag, 14. Februar, und am 16., 17. und 18. Februar, am Sonntag, den 22. Mai, und am 24., 25. und 26. Mai, am Sonntag, 7. August, und am 9., 10. und 11. August, sowie am Sonntag, 6. November, und am 8., 9. und 10. November.

— Die Zehnmarktscheine gelten weiter. Die Stuttgarter Reichsbankhauptstelle teilt mit, daß wohl seit Dezember eine Anweisung besteht, Zehnmarktscheine nicht mehr auszugeben. Von einer Einziehung ist aber nichts bekannt. Die Zehnmarktscheine bleiben also nach wie vor gesetzliches Zahlungsmittel. Rentenbankscheine werden auch fernerhin von der Reichsbank noch in Verkehr gegeben.

Lichtblicke in der Wirtschaft. Zwei erfreuliche Nachrichten aus dem Wirtschaftsleben sind kürzlich bekannt geworden: der Abschluß der Stillehaltungsverhandlungen und das günstige Jahresergebnis des deutschen Außenhandels. In den Stillehaltungsverhandlungen ist ein Abkommen geschlossen, wonach die ausländischen kurzfristigen Kredite g und schließlich ein weiteres Jahr stehen gelassen werden. In der ersten Hälfte des vorigen Jahres hat bekanntlich das Ausland nicht stillgehalten, sondern seine Kredite rüchfristlich zu übergreifen und so die deutsche Zahlungsbilanz herbeigeführt. Vor einer solchen Krise von der Seite der ausländischen Kredite ist Deutschland nun durch die neuen Stillehaltungsabmachungen geschützt. Im Jahre 1931 erbrachte der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr noch die Summe von 3 Milliarden RM. Diese Ziffer ist ein Beweis für den Druck der Not auf die deutsche Wirtschaft. Ob allerdings die Erzielung eines erheblicheren Ueberschusses trotz der vielen Hemmnisse (Zölle usw.), die das Ausland den deutschen Waren in den Weg legt, auch

künftig möglich sein wird, ist recht zweifelhaft. Stillehaltung und allmähliche Tilgung der Auslandsschulden durch Exportüberschüß genügen freilich allein nicht. Vielmehr muß die Lücke in der deutschen Kreditversorgung, die durch die notwendige Rückzahlung der Auslandsschulden entsteht, aus dem Inland wieder aufgefüllt werden. Das gelingt, wenn alles im Augenblick nicht unbedingt gebrauchte Geld bei den Geldinstituten (Sparkassen, Banken usw.) eingezahlt bzw. dort belassen wird. Tatsächlich haben bei den Sparkassen in den letzten Wochen die Abhebungen ständig abgenommen und die Einzahlungen wieder zugenommen. Also ein weiterer Lichtblick und Beweis, daß wir trotz der Not der Zeit nicht hoffnungslos in die Zukunft zu sehen brauchen.

Kottweil, 2. Febr. (Der Karrensprung.) Ein durch die Tradition von Jahrhunderten ehrwürdig gewordener Volksbrauch ist die Kottweiler Faschnacht. Am Faschnachtsmontag, vormittags 8.30 Uhr, am Faschnachtsdienstag, vormittags 8.30 Uhr und nachmittags 3 Uhr finden in altstädtischen Kaseln und Trachten der sog. „Karrensprung“ statt. Anschließend folgt das Auffagen, ein Rest des alten Karrengerichts. Saalveranstaltungen und Bälle sind neuer auf ein Mindestmaß beschränkt.

Kottweil, 2. Febr. (Ueberfall.) Ein hiesiger Wirt wurde am Samstag nacht auf dem Heimweg in der Oberen Hochmaingasse von rückwärts überfallen und so schwer mißhandelt, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Die Täter, zwei hiesige Arbeiter, sind ermittelt und gefänglich. Der Fall wird in gerichtliches Nachspiel haben.

Böhringen O. Kottweil, 2. Febr. (Tragischer Tod.) Der 25jährige Felix Schwarzwalder begleitete am Samstag nacht ein Mädchen von Rothenzimmern heim. Hintennach kam der Vater des Mädchens. Der junge Mann sagte zu dem Mädchen, es sollte mit seinem Vater heim, es sei ihm nicht ganz wohl, er wolle in der Wiese ein wenig schlafen. Nun hat er, als er erwachte, offenbar die Richtung verloren und ging der Schilfem zu und stürzte in einen tiefen Gumpen. Man nimmt an, daß er im Wasser an einem Herzschlag gestorben ist.

Oberheim O. Spaichingen, 2. Febr. (Tödlicher Unfall.) Als die Holzhauer eine Wache fällen wollten, die vom Schneeeindruck stark gebogen war, trachte diese unerwartet ab und traf den Holzhauer Sabinus Mauthe. Der fallende Baum schlug dem Unglücklichen ein Bein zweimal ab, drückte ihm die Rippen und den Brustkorb ein, so daß er bewußtlos liegen blieb. Auf dem Heimtransport erlag er seinen schweren Verletzungen.

Elmamsweiler O. Biberach, 2. Febr. (Brand.) In Abwesenheit des Besitzers Matthias Rauher, der sich im Wald befand, brach in dessen Oekonomiegebäude ein Brand aus, der das Anwesen einäscherte. Es wird Brandstiftung vermutet.

Munderkingen O. Ehingen, 2. Febr. (Erneute Gemeinderatswahl.) Die zweite Gemeinderatswahl am Sonntag hat wieder ein sehr überraschendes Ergebnis gebracht. Das Zentrum erhielt 3238 (20. Dezember 3461) Stimmen, während die Nationalsozialisten sich von 2260 auf 2530 Stimmen und die Sozialdemokratie sich von 755 auf 963 Stimmen verbessern konnten.

Welzheim, 2. Febr. (Der Ebnisee zugefroren.) Durch die nächtliche Kälte der letzten Tage ist der Ebnisee in seiner ganzen Ausdehnung zugefroren. Die Schuljugend von Ebnis benützt die Gelegenheit zum Schlittschuhfahren.

Engberg O. Maulbronn, 2. Febr. (Leichenfindung.) Nachts fand der Nachtwächter am Wehr des hiesigen Werkes der Lederfabrik Koser eine weibliche Leiche. Die Leiche, die noch nicht lange im Wasser gelegen haben kann, ist eine etwa 42jährige Frau, deren Name noch nicht ermittelt werden konnte.

Unterkingen O. Baihingen, 2. Febr. (Im Sireit verlegt.) In der Nacht auf Sonntag kam es in der Wirtschaft zum „Döhen“ zwischen dem hiesigen Bürgermeister und einem hiesigen 26jährigen Bürgersohn nach kurzem Wortwechsel zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf der Bürgermeister über zugerichtet wurde. Er trug schwere Wunden am Kopf, Arm und Rücken davon und wurde ins Bietigheimer Krankenhaus verbracht.

Spende des Reichspräsidenten

100 000 RM für den Wiederaufbau des Alten Schlosses Stuttgart, 2. Febr. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Wie wir hören, hat der Reichspräsident zum Wiederaufbau des Alten Schlosses in Stuttgart eine einmalige Spende von 100 000 RM aus seinem Verfügungsbetrag trotz der Knappheit der Mittel dieses Fonds bewilligt. Die reichliche Spende ist erlösel, da es sich bei dem Alten Schloß um ein Baudenkmal von großer historischer Bedeutung handelt, dessen Zerstörung als ein das ganze deutsche Volk berührender Verlust anzusehen ist, und da sich schon bei den Vorbereitungen für den Wiederaufbau zahlreiche Erwerbslosen Arbeitsmöglichkeiten bieten. Der Staatspräsident hat dem Reichspräsidenten in einem persönlichen Schreiben den Dank der Würt. Staatsregierung und des schwäbischen Volkes für die große Spende ausgesprochen.

Zinsabkommen für den Bezirk Württemberg

Stuttgart, 2. Febr. Wie wir hören, hat sich auf Grund der Durchführungsverordnung über Zinsentwertung auf dem Geldmarkt sowie des Haben- und Soll-Zinsabkommens der Eisenverbände der Kreditinstitute, deren Bestimmungen mit Wirkung ab 12. Januar 1932 in Kraft getreten sind, der Kreditnachschuß für den Bezirk Württemberg gebildet und bereits im engen Anschluß an die von den Eisenverbänden vereinbarten Sätze Beschlüsse im Rahmen der ihm durch die Abkommen übertragenen Obliegenheiten erlassen, die für den ganzen Bezirk Geltung haben. Die Geschäftsstelle des Kreditnachschusses für den Bezirk Württemberg befindet sich in Stuttgart, Friedrichstraße 46.



Finanzminister Dr. Dehlinger im Landwirtschaftlichen Bezirksverein Freudenstadt

Die am gestrigen Dienstagmorgens im „Dreikönigsaal“ in Freudenstadt stattgefundene jährliche Hauptversammlung des Landw. Bezirksvereins Freudenstadt bekam dadurch eine besondere Note, daß vom Verein der württembergische Finanzminister Dr. Dehlinger als Redner gewonnen war. Vor seinem Erscheinen nahm zunächst der Vorstand des Vereins, Bürgermeister Braun-Schoploch das Wort und begrüßte die außerordentlich gut besuchte Versammlung herzlich. Besonders hieß er Landrat Knapp, Regierungsrat Knittel, die sonstigen Beamten und die Gäste aus den Nachbarstädten herzlich willkommen. Er warf dann einen Rückblick auf das vergangene Jahr, das er als ein Jahr reich an Mühe und Arbeit und arm an Einnahmen bezeichnete. Ernst und bitter sei die Zeit, in der wir leben und niemand wisse, wie es weiter gehe. Das Wetter sei im vergangenen Jahr abnorm gewesen. Das schlechte Wetter im August und September habe die Hoffnungen auf einen guten Jahrgang zunächst gemacht. Die Ernte und das Viehd sind nur mit Mühe und Not, meist nur schlecht geborgen worden, wodurch große Verluste eingetreten seien. Die Erträge des Wintergetreides seien schlecht gewesen und stehen hinter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Die Bestellung der Winterjaat sei eine beschränkte gewesen. Der Redner gab die Mahnung, den Dinkelbau nicht ganz aufzugeben. Dinkel und Gerste gebe eine gute Mischung. Der Haber sei dem zehnjährigen Durchschnitt am nächsten gekommen, er habe aber nicht befriedigt. Stroh und Viehd sind minderwertig gewesen. Die widerstandsfähigen Kartoffelsorten hätten gute Erträge gebracht mit verhältnismäßig wenig schlechten Kartoffeln, während die Sorten Industrie, Blochinger und rote Riesen nur ganz geringe Erträge mit 30 Prozent und mehr kranken Kartoffeln ergeben hätten. Der Obstertrag sei ein reicher gewesen. Wenn auch das Erntejahr 1931 sehr ungenügend gewesen sei, so dürfe man doch nicht murren und nicht vergessen, Dank zu sagen dem Geber aller Gaben. Was die erzielten Preise anbelange, so seien diese teils über und teils unter dem Lebensindex gestanden. Der Redner kam dann auf die sehr heruntergegangenen Viehpreise und auf die minimalen Holzpreise zu sprechen und fragt, wie es bei den geringen Erlösen werden solle, wenn die Schulden des Landwirts immer zunehmen? Die Uebererschuldung der Landwirtschaft habe schon voriges Jahr 28 Prozent betragen und heuer werde sie noch viel höher sein. Nur 27 Prozent der Landwirte haben einen kleinen Gewinn erzielen können. In manchen Betrieben bringe die Milch die Haupteinnahme. Was das Milchgeschäft anbelange, so bringe es allenthalben Belastungen und er glaube, daß dadurch der Milchfall etwas zurückgehe. Den Bemühungen des Hauptverbandes sei es gelungen, den Milchbearbeitungszwang für den Bezirk zu vermeiden; dieses Ziel zu erreichen habe einen schweren Kampf erfordert. Ein wunder Punkt seien die zu hohen Kunstdüngerpreise. Man sei auf den Kunstdünger im Bezirk angewiesen; ohne ihn könne man keine großen Ergebnisse erzielen. Die Landwirte sollen aber nur so viel Kunstdünger anwenden, wie sie rechnerisch ertragen können. Bedauerlich sei, daß der Kunstdünger ins Ausland billiger geliefert werde, als man ihn im Inland erhalte. Der Redner meinte, es wäre besser gewesen, wenn durch die Notverordnungen der Preis von oben herunter diktiert worden wäre, statt unten in Detailverkauf anzufangen. Er kam dann auf die zunehmenden Zwangsverfügungen in der Landwirtschaft zu sprechen und wie die Wirtschaftsnote auch das Kleinhandwerk und teilweise auch den Handel erschaffe. Die darniederliegende Holzindustrie und die Stilllegung der Sägewerke habe eine Zurschraubung der Erlöse des Landwirts, aber auch der Arbeiterlohn gebracht und eine Mehrleistung für die Arbeiter zu Folge gehabt. Durch die Not gäre es im Volke, denn Armut sei eine Haderlache. Daß wir arm seien und noch ärmer werden, sehe man jetzt erst ein. Die jetzigen Notverhältnisse hätten den Verein veranlaßt, nach einem tüchtigen Redner für die Hauptversammlung zu sehen, was in der Person des Finanzministers Dr. Dehlinger gelungen sei. Der Redner kam schließlich auf die diesjährigen Ernteaussichten zu sprechen, die in Anbetracht der schlechten Saatternte keine guten seien. Er berichtete noch über die Bemühungen zur Herabsetzung der Strompreise beim Ueberlandwerk (D.E.W.), wozu dann Landrat Knapp das Wort ergriff und berichtete, daß die erreichte Herabsetzung des Strompreises um 10 Prozent dem Wert einen Ausfall von 1/2 bis eine ganze Million bringe, was keine Kleinigkeit sei. Die Vertreter des Bezirks beim D.E.W. würden die vorgeschlagenen Wünsche auf weitere Herabsetzung vertreten, er dat aber, mit den Wünschen nicht zu weit zu gehen.

Inzwischen war Finanzminister Dr. Dehlinger eingetroffen, den der Vorsitzende herzlich willkommen hieß und ihm von Herzen dafür dankte, daß er in den Schwarzwald gekommen sei, hoffend, daß er einen Lichtblick bringe. Bürgermeister Braun schilderte dann kurz die Notlage der Landwirtschaft, betonte die Notwendigkeit der Herabsetzung des Waldkafatters, den wunden Punkt der sozialen Lasten, die 19 Mark pro Hektar ausmachen, die allzuhohe landw. Umlage, die höher sei als die Staatssteuer, den hohen Zinsfuß und daß die Banken zu jüdisch geworden seien. Auch der Zentralfasse müsse man den Vorwurf der Bereicherung machen. Die Baukreditanstalt hätte lieber weniger Geld hergeben sollen, statt dieses jetzt plötzlich zu kündigen. Er bat den Finanzminister um Hilfe und versprach andererseits, den Finanzminister zu unterstützen.

Finanzminister Dr. Dehlinger über „Die Rettung aus der deutschen Not“

Finanzminister Dr. Dehlinger dankte zunächst für die freundlichen Begrüßungsworte und wies auf seine alten Beziehungen zu dem Bezirk und zu Freudenstadt selbst hin, wo sein Vater früher einige Jahre Umgeldkommissar gewesen und wo er selbst vor zwanzig Jahren eine Bistation des Finanzamts vorgenommen habe. Dortmals habe man noch nicht gedacht, daß man heute vor dem Abgrund und vor dem Bolschewismus stehen würde. Er ging dann auf sein Thema über und führte u. a. aus:

Die Zeichen unserer Not sind sechs Millionen Arbeitslose. Diese Arbeitslosigkeit einschließlich des Ausfalls von produktiver

Arbeit bildet für Deutschland einen Postivposten von 13 1/2 Milliarden Mark. Dazu kommen die Kriegsschulden von 3 1/2 Milliarden Mark, die aber nach dem heutigen Geldstande und umgerechnet auf den internationalen Einlaufswert 4 1/2 Milliarden ausmachen. Das kommt einem Ertrag von 12 Milliarden deutscher Arbeitsstunden gleich, die wir für die Feinde jährlich zu leisten haben.

Wohl sind vorerst die Tributzahlungen ausgekehrt, Frankreich besteht aber darauf, daß sie nach dem Feiertag wieder in Kraft treten. Jetzt hat ein Sonderausschuß der R.V.Z. einberufen, der bestimmen sollte, wie die Reparationsleistungen neu geregelt werden können. Einen weiteren Milliardenverlust der deutschen Wirtschaft, an den zunächst nicht jeder denkt, haben wir in der sogenannten „Banane“ oder in dem „Auslandssimmel“, in dem alten deutschen Erdbel, die deutschen Waren geringerschätzen und die Auslandsware vorzuziehen. 4 Milliarden Dollars sind dafür jährlich zu beschaffen. Würden dafür einheimische Erzeugnisse gekauft, so wäre damit im Inland Arbeit und Verdienst geschaffen für unzählige deutsche Arbeiter. An Säbfrüchten werden pro Kopf der Bevölkerung 16 Pfund eingeführt. Durch diese Zustände schrumpft unsere Wirtschaft immer weiter ein. Das Vermögen der Sozialversicherungen und damit die Anwartschaft der Arbeiter und Angestellten auf Unterstützung ist aufs schwerste gefährdet. Die Landwirtschaft muß ihre Erzeugnisse verschleudern oder verkaufen lassen. Für die notwendigen Bedarfsartikel hat die Landwirtschaft keine Mittel mehr; auch sie ist mit der Vernichtung bedroht. Ihr Vieh mußte sie ein Jahr lang umsonst füttern, denn es wird für das Vieh heute weniger bezahlt, als wie es der Landwirt im vorigen Jahr selbst einkaufte. Das Holz im Walde verkauft. Überall haben wir Abnahme des Wohlstandes, Verschlechterung der Lebenshaltung, Not und Hunger, Verelendung.

Wie wirkt sich das auf die öffentlichen Haushalte von Reich, Staat und Gemeinden aus? Verheerend und katastrophal. Die deutschen Finanzen sind in größter Unordnung. Raum ist der Abmangel gedeckt, tritt wieder neuer Abmangel ein. Das Aufkommen an Steuern geht fortwährend zurück. Statt einer Steuererhöhung von 1/2 Milliarden, die dem deutschen Volke vor Annahme des Youngplans in Aussicht gestellt wurde, mußten ihm Milliarden neue Steuern auferlegt werden. Die Sachausgaben sind bis zum äußersten eingeschränkt worden. Die Beamten haben eine Gehaltskürzung nach der anderen über sich ergehen lassen müssen und sind mit der Zahlungseinstellung bedroht, falls sie nicht weitere Opfer auf sich nehmen wollen. Verschärft wird unsere Finanzlage durch die Rückzahlung der kurzfristigen Auslandskredite. Noch vor kurzem sind sie auf 12 Milliarden berechnet worden. 4 Milliarden sind schon abgezogen worden, denn das Vertrauen des Auslandes ist erschüttert. Das Ausland sucht von seinem Gelde eben noch soviel als möglich zu retten. — Der schwarze Falsch hat gezeigt, daß ausländisches, kurzfristiges Kapital Gift für das deutsche Volk ist und eine unheimliche Waffe gegen Deutschland darstellt. Das deutsche Volk hat den Glauben an sich selbst verloren, sonst hätte es nicht 1 Milliarde Reichsmark gehamstert und in den Strumpf verpackt. Wir sind ein armes Volk geworden, das schwer ver schuldet ist und vor dem Bankrott, vor dem Zusammenbruch steht.

Was ist schuld daran? Wenn man helfen will, dann muß man, wie der Arzt, erst die Ursache der Krankheit feststellen. Zu erst muß der Krankheitsstoff heraus, dann erst kann einer gefunden. Als Ursache unserer Not bezeichnete Redner die verkehrte Steuer-, Lohn- und Sozialpolitik, und vor allem die leitberrige Erfüllungspolitik und begabte dies mit Anschuldigungen führender Männer aus Wirtschaft und Politik.

Unser Land und Volk sind bisher eine der besten Ordnungsstellen im Deutschen Reich gewesen. Die Arbeitslosigkeit ist in Württemberg immer noch am geringsten im Vergleich zu den übrigen Staaten des Reiches. Württemberg würde mit 3 1/2 Prozent Arbeitslosenversicherungsbeitrag auskommen. Wir haben auch die niedrigste Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen. In Hessen und Preußen ist ihre Zahl viermal so hoch. Auch die Finanzen von Staat und Gemeinden im allgemeinen konnten bisher in Ordnung gehalten werden. Das hat seinen Grund einmal in dem gelagerten Volkscharakter unserer Württemberger, verbunden mit einem Fleiß, mit Gründlichkeit, Zuverlässigkeit, Anspruchslosigkeit, Gottesfurcht und Göttervertrauen, und in gesunder Mischung von Landwirtschaft und Industrie, in der Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben. Schließlich kommt noch dazu, daß wir eine von marxistischem Diktat wenig beeinflusste Finanzpolitik in der Staatsregierung in den letzten sieben Jahren getrieben haben.

Wir haben Reis nach dem Grundjah gehandelt: keine Ausgabe ohne Deckung. Wir haben unsere Finanzpolitik auf weite Sicht eingestellt. Wir haben lieber gepart, als Schulden gemacht und machten vor allen Dingen keine kurzfristigen Schulden. Wir haben uns gleich im Jahre 1924 ein Betriebs- und Vorratkapital von 16 Millionen geschaffen. Wir haben keine Tagespolitik getrieben und damit den Massen geschmeichelt. Wir haben auch die Gemeinden zum Sparen gezwungen dadurch, daß uns alle Haushalte, sofern durch sie eine höhere als 12prozentige Umlage vorgesehen war, zur Genehmigung vorgelegt werden mußten, weiterhin dadurch, daß Mittel aus dem Ausgleichslohn gegeben wurden, wobei auch eine genaue Prüfung der Gemeindehaushalte vorausging. Es war möglich, während der sieben Jahre 1924/1930 den Staatshaushalt auszugleichen und trotzdem die Staatssteuern in dieser Zeit von 8 auf 5 Prozent herabzusetzen.

Gerade infolge dieser vorsichtigen Finanzpolitik ist es uns gelungen, noch vor 12 Uhr langfristige Schweizer Anleihen herinzubekommen. Eine Anleihe von 25 Millionen ist im April sogar achtzig überzeichnet worden. Keinem anderen Land ist es gelungen, um diese Zeit langfristiges Geld zu bekommen. Durch unsere Finanzpolitik hatten wir also Mittel, unser Volk und Land vorwärts zu bringen. Es konnten große Arbeiten in Angriff genommen werden, durch die die Arbeitslosigkeit vermindert wird. So u. a. durch den zweigleisigen Ausbau der Nord-Südbahn Oertraben — Heilbrunn — Kottweil — Tuttlingen — Jannendingen und durch die Elektrifizierung von Bahnen. Für den Ausbau unserer Staatsstraßen wurden ebenfalls außerordentliche Mittel aufgewandt. Es war auch für den Haushalt 1931/32 ein Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben erreicht worden. Allerdings nur durch scharfe Abrosetzung der Ausgaben. Verschiedene Ausgaben mußten bis zur Hälfte gestrichen werden. Dann aber sind weitere Einnahmehausfälle eingetreten, die die Regierung nicht verhindern konnte. Die wirtschaftliche Not, der Rückgang der Reichssteuern, der Ueberweisungsschulden, sind hauptsächlich schuld daran. Vom gesamten Haushalten im ganzen Reich entfallen auf Württemberg 25 Prozent. Der Holz-Reinertrag ist um 10 Millionen Mark zurückgegangen. Es mußten die gesamten Reimittel mit 17 1/2 Millionen eingeworfen werden. Die Einnahmen gingen weiter bedeutend zurück, jedoch auch in unserem Staatshaushalt schließlich ein Abmangel von 15 Millionen entstand. Der Ausgleich des Haushalts ist aber das wichtigste. Wenn man das unterläßt, so treibt man dem Bankrott zu und wird schließlich der Gnade des Reiches ausgeliefert. Um dies zu verhüten, mußten wir im September mit neuen Maßnahmen beginnen, wodurch wir den Abmangel auf 10 Millionen herabdrücken konnten. Darunter war eine Gehaltskürzung für die Beamten von 5 Prozent ab 1. Oktober ent-

halten. Der Württ. Beamtenbund hat den Finanzminister wegen dieser Maßnahme scharf angegriffen. Der Minister rechtfertigte sich gegenüber diesen Angriffen und auch gegenüber Angriffen wegen Maßnahmen, für die er gar nicht zuständig sei, ja oft nicht einmal die Landesregierung, sondern allein die Reichsregierung.

Was das Volk am meisten drückt, ist die Tribut-, Steuer-, Lohn- und Sozialpolitik des Reiches. Der Redner kommt dann auf die einzelnen, besonders bedrückenden Steuern zu sprechen. In Württemberg herrscht das Bestreben vor, die Steuern so gerecht wie irgend möglich zu verteilen. Gegen die Gebäudeeinkommensteuer habe er schon jahrelang gekämpft, selber ohne bei der Reichsregierung einen Erfolg gehabt zu haben. Die Landwirtschaft ist von der Gebäudeeinkommensteuer befreit, was oft zu Mißgunst führt. Aber man bedenke, daß jede Steuer brutal ist. Auf die Gesamtbelastung kommt es an.

Württemberg ist durch die Entwicklung der deutschen Not mit in die Katastrophe hineingerissen, weil es durch die Weimarer Verfassung noch viel mehr mit den Gesetzen des Reiches und der Bürokratie des Reiches verflochten ist. Zu all dem drohen uns in Württemberg noch besondere Gefahren, denn die Reichsregierung nimmt keine Rücksicht auf unsere bestimmten Verhältnisse. Wir werden ganz schematisch und schablonenhaft eingesperrt. Durch die Reichsarbeitslosenversicherung stehen jeden Monat aus Württemberg Millionen hinaus in die anderen Länder. Genau so ist es bei der Landesversicherungsanstalt. Unsere gute württembergische Post haben wir ans Reich abgetreten und im ganzen bis jetzt 7 Millionen Mark Abschlagszahlung bekommen (die Veranschlagung der Post betrug 250 Millionen Mark, für die uns das Reich zuerst 14 1/2, dann 28, 35 und schließlich 48 Millionen bot, was wir abgelehnt haben), während wir vor dem Kriege aus ihr jährlich 9 Millionen Reinertrag herausgezogen haben. Das Reich erreicht aus ihr 12 Millionen jährlich. Was man ans Württemberg zuviel herausholt, wird uns in keiner Weise angerechnet. Man nimmt keine Rücksicht auf den besonderen Schaden, den wir durch Holzeinfuhr und Hagelwetter erleiden. So stehen wir vor der Gefahr, daß auch wir ausgezogen werden. Das, was wir schaffen und ersparen, verbrauchen die anderen. Darüber herrscht allmählich eine furchtbare Erbitterung in unserem Land. Eine der wichtigsten Aufgaben unserer Landespolitik ist deshalb, die Selbständigkeit und die Eigenpersönlichkeit unseres württembergischen Staates zu erhalten. Darin liegt unsere Kraft und unsere Stärke, dies aber dient auch dem Reich.

Alles drängt auf die letzte Entscheidung. Die Reichsregierung hat versucht, durch eine außerordentliche Zahl von Einzelmaßnahmen und eine Fülle von Notverordnungen der Not zu steuern. Man hat den Eindruck, als ob das Volk allmählich selbst einzieht, daß es mit Egoismus, Selbstsucht, Klassegeist, keine Rettung mehr gibt. Wer nur an sich, seine Partei denkt und nicht das Gesamtwohl im Auge hat, der treibt unser Volk dem Abgrund zu. Jeder erkennt, jetzt geht es ums Ganze. Einzelmaßnahmen genügen nicht mehr, man muß dem Uebel an die Wurzel gehen, man muß ganze und rasche Arbeit machen, sonst ist es zu spät. Bloß mit wirtschaftlichen oder finanziellen Mitteln kann unsere Not nicht beseitigt werden. Man muß das Rad drehen, das jetzige System umstellen. Notwendig ist vor allem eine andere Gesinnung; es müssen wieder lebendig sein die alten großen Ideen der Volksgemeinschaft, der Vaterlandsliebe, der Wehrhaftigkeit und der Religiosität. All unsere Gedanken, Worte und Taten müssen getragen sein von dem unerschütterlichen Glauben an Deutschlands Auferstehung und dem Ziel der Befreiung unseres Volkes von seinen inneren und äußeren Feinden. Die Umstellung des Systems heißt: Los von der Erfüllungspolitik, los vom Sozialismus. Die Erfüllungspolitik beruht auf dem Diktat von Versailles, der Kriegsschuldfrage, der Kolonialschuldfrage und dem Bruch des Brest-Litowsker Vertrags von 1918, der auf Grund der 14 Punkte Wilsons abgeschlossen worden ist. Die Reichspolitik war dahin gerichtet, den Nachweis zu erbringen, daß wir nicht mehr bezahlen können. Immer die es, zuerst sanieren, dann rezidieren; nun sind wir mit der Kunst des Sanierens am Ende angelangt. Die Gesinnung, die Frankreich seit Jahrhunderten und insbesondere in den letzten dreizehn Jahren zum Ausdruck gebracht hat, läßt bezweifeln, daß sich Frankreich ohne für uns harte politische Zugeständnisse dazu entschließt, auf die Tribute zu verzichten. Die Verständigungspolitik führt nicht zum Ziele, wenn auch Liebe gesagt hat: Gelöst werden die Probleme erst dann, wenn der deutsche und französische Proletariat die Hände ineinanderlegen und die Gesichte beider Länder lenken. Wir müssen los vom Sozialismus, unsere Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik und die Privatwirtschaft befreien von den Fesseln des Sozialismus. Wir müssen insbesondere aufheben die Zwangsbewirtschaftung der Arbeitskräfte, den starren Tarifzwang, die politischen Löhne. Das starre Lohnsystem steigert die Arbeitslosigkeit und fördert die Waren-einfuhr, weil die Auslandswaren billiger erzeugt werden können. Mit der Lösung vom Sozialismus muß verbunden sein die Rückkehr zur Nationalwirtschaft mit dem Ziele, die landwirtschaftliche Rente wiederherzustellen und die Kaufkraft der Landwirtschaft zu heben. Mit der Landwirtschaft steht und fällt ein Volk.

Bei einer solchen Politik wird das deutsche Volk darauf vertrauen können, daß die Opfer, die es zu bringen hat, nicht in ein Foh ohne Boden fallen und vergeblich gebracht werden. Nicht Interessen- und Klassenpolitik dürfen wir treiben, wir müssen das Ganze im Auge behalten. Wir müssen auch den Weg zu Gott zurückfinden, er allein kann uns retten. Mit ihm werden wir dann mutig und zielbewußt die ungeheueren Schwierigkeiten bekämpfen und siegen zum Segen für unser Volk und Vaterland.

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Finanzministers sprach ihm der Vorsitzende den Dank für seine Ausführungen aus und stellte den Vortrag zur Diskussion. An dieser beteiligten sich zahlreiche Redner, denen Finanzminister Dr. Dehlinger auf ihre Anfragen bereitwillig Antwort gab. Bezüglich der Höhenstrafen bemerkte er, daß er für den Bau derselben eingetreten sei. Man wolle es schaffen, aber könne nicht alles auf einmal machen. In der Sparkassenfrage, ein schwieriges Problem, das von Landrat Knapp vorgetragen wurde, versprach er, mit dem Innenminister zu verhandeln. Finanzpolitik sei ein Teil unserer gesamten Wirtschaftspolitik. In der Zinsfrage sei alles im Rollen und er habe den Eindruck, daß nun auch das Reich an dieses Problem gehe. Bei dem Punkt Straßenlasten, den Bürgermeister Küenzlen-Pfalzgrafenweiler aufwarf, betonte er, daß es sich darum gehandelt habe, könne man der Wirtschaft neue schwere Lasten auflegen oder nicht. Hätte man es mit der Straßenunterhaltung anders gemacht, so hätte die Staatssteuer erhöht werden müssen. Mit Rücksicht aber gerade auf die Landwirtschaft habe er sich gegen eine Erhöhung der Staatssteuer gestemmt. Die Waldkatastrophe sei ihm eine schwere Sorge. Die Frage des Waldkafatters sei für 1932 vorgemerkt. Bezüglich des Arbeitslosenproblems führte er aus, daß wir in Württemberg mit dem freiwilligen Arbeitsdienst leichter gute Erfahrungen gemacht haben und man sei dabei so weit, als Mittel zur Verfügung ständen, ihn auszubauen. Bezüglich der von ihm angeführten und in der Diskussion von

Major Böhrer und G.K. Bücken in der Diskussion aufgegriffenen Bananenfrage bemerkte er, daß eine Bewegung im Gange sei: „Kauft deutsche Waren“. Verbieten könne man den Bezug ausländischen Obstes wegen der Handelsverträge nicht, aber das Volk müsse dazu erzogen werden, den Genuß ausländischen Obstes und solcher Genussmittel zu meiden. Der Finanzminister zeigte in seinen weiteren Ausführungen, daß er bemüht ist, daß Württemberg nicht in die Katastrophenpolitik des Reiches hineingezogen werde. Im übrigen würden es Einzelmahnahmen zur Rettung aus der Not nicht schaffen. In unser Volk müsse ein ganz anderer Geist kommen. Wenn das der Fall sei und man auf Gott vertraue, dann könne man sicher sein, daß es wieder aufwärts gehe. (Beifall.)

Der Vorsitzende schloß dann die Versammlung mit dem innigsten Dank an den Finanzminister und Dankesworten an die Diskussionsredner u. die Besucher der Versammlung.

kleine Nachrichten aus aller Welt

Die Grundzüge des Gesetzesentwurfes für die Reform der Sozialversicherung sind von dem Sachbearbeiter im Reichsarbeitsministerium, Ministerialdirektor Dr. Gierert, fertiggestellt worden und werden voraussichtlich am Dienstag vom Minister Stegerwald unterzeichnet werden. Sie gehen dann an alle beteiligten Stellen, wie Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Kassen, Reichs- und Länderbehörden sowie Parteien hinaus.

Zwei Tuchfabriken eingeeigert. In der Tuchfabrik Sälzer & Sternickel in Bielitz-Biala brach abends Feuer aus, das in einer Stunde das ganze Gebäu mit annähernd hundert Webstühlen und allen Geräten einäscherte. Die Flammen griffen, vom Sturm getrieben, auf die gegenüberliegende Tuchfabrik Rabinowicz über und um 9 Uhr abends stand auch sie in hellen Flammen. Der Sachschaden geht in die Millionen Hektar.

Schleswig-Holsteins einzige Weisheitsfabrik abgebrannt. Die Weisheitsfabrik des Torfwerkes Westermoor, die einzige der Provinz, wurde in der Nacht durch Großfeuer vernichtet. Der Schaden ist sehr groß.

Familientragedie in Basel. Am Montag hat der Möbelhändler Christian Böttle seine Frau, seine 15 Jahre alte Tochter und sich selbst erschossen. Ueber den Grund der Tat herrscht noch Unklarheit, insbesondere da die wirtschaftliche Lage Böttles als gesichert galt.

Buntes Allerlei

Ein „Borbild“ sozialer Gestaltung.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Witwe des früheren Präsidenten und Generaldirektors der AEG, Frau Felz Drusch, bezieht eine Witwenpension von 500000 Mark. Außerdem besitzt sie ein Privatvermögen von 14 Millionen Mark. Um den Abbau einer Anzahl besonders tüchtiger Beamten und Angestellten vermeiden zu können, trat die Leitung der AEG an die Frau Drusch mit der Bitte heran, in eine vorübergehende Kürzung ihrer Pension einzunwilligen. Das lehnte Frau Drusch nicht nur ab, sondern sie ließ sofort durch einen Rechtsanwalt eine Klage wegen kurzfristiger Erfüllung ihres kontraktlichen Pensionarvertrages androhen. Ein Musterbeispiel sozialer Denkart! Aber auch ein Beispiel wie die Sozialdemokratie durch solche Gestaltung gefördert wird.

Handel und Verkehr

Was sagt die Fleischverwertung?

96 Markt für eine 8-Zentner-Kuh

In einer Protestversammlung des Hamburger Fleischergewerkschafts gegen die hohen Schlacht- und Beschaugebühren am Hamburger Schlachthof gab der Schlachthofmeister Toje, nach einem Bericht der „Fleischer-Vereinszeitung“ einen außerordentlich lehrreichen Anschauungsunterricht über die Ursachen der Spannkraft zwischen Erzeuger- und Schlachthofpreis des Schlachters beim Einkauf wie folgt:

„Ein Einfender des Hamburger Kindermarktes liefert beispielsweise am Dienstag 6 Kühe zum Verkauf für den kommenden Donnerstagmarkt an. Er erzielt für die Kühe pro Pfund 11 Pf. für eine Kuh dabei bei 800 Pfd. Gewicht 96 RM.

An Gebühren hat er zu zahlen:

Füßelohn ab Stall bis Hamburger Markt	5.— RM
Fütter- und Stallgeld	2.50 RM
Kaltrichsgeld	1.20 RM
Treibgeld, Pflanz	1.— RM
Wiensgeld	0.30 RM
Impfgebühr	2.50 RM
Kommissionsgebühr	2.— RM
Rückversicherung	3.— RM
An Unkosten insgesamt	17.00 RM

Für 6 Kühe entfallen dabei dem Einfender 100.00 RM. Unkosten plus 11.50 RM. Umsatzsteuer gleich 117.10 RM. Also muß der Einfender den Erlös für eine Kuh plus 21.10 RM. noch extra für Unkosten und Gebühren aufbringen. Er bekommt in Wirklichkeit nur 4 1/2 Kühe von seinen 6 Kühen bezahlt!

Der Schlachter wiederum, der das Tier gekauft hat, muß bezahlen an Schlacht- und Treibgeld 7.50 RM., Arbeitslohn für Köchschlächter 4 RM., an Umsatzsteuer für Schlachten 1.90 RM. Jetzt haben auf jedem Tier an Abgaben schon 31 RM. Für 6 Kühe müssen mithin an Abgaben 186 RM. bezahlt werden. Also muß der Verkaufserlös für 2 Kühe von Einfender und Schlachter an Abgaben abgeführt werden!

Allein die Kosten des Marktes betragen mehr als 12 RM. und erfordern also den achten Teil dessen, was die ganze Kuh dem Landwirt gebracht hat. Dabei können sich die Hamburger aber noch gratulieren, daß sie keine Bauern sind, wo allein die Schlachtsteuer für diese Kuh noch 36 RM. extra erfordert. Zusammen Marktlohn und Schlachtsteuer verschlingen dann die Hälfte dessen, was der Landwirt für eine Kuh erzielt. Ganz abgesehen von der Anfuhr des Viehes, den Schlachtlohn selber und der Umsatzsteuer. Aus diesen Zahlen kann die städtische Bevölkerung — Hamburg ist nur ein Beispiel unter vielen — ersehen, wo der Sinn der Fleischverwertung ist.

Wärkte

Stuttgarter Schlachtdienstag vom 2. Februar

Zutrieb: 33 Ochsen, 40 Bullen, 278 Jungbullen, 387 Rinder, 209 Kühe, 1517 Kälber, 1955 Schweine, 2 Schafe, Unverkauft: 8 Ochsen, 2 Bullen, 25 Jungbullen, 40 Rinder, 15 Kühe, 30 Kälber, 20 Schweine.

Ochsen: ausgem. 29—32 (unv.), volli. 25—27 (unv.), H. 21 bis 24 (unv.).

Bullen: ausgem. 24—26 (24—26) volli. 22—23 (21—23), H. 20—21.

Rinder: ausgem. 33—35 (32—35), volli. 26—30 (25—30), H. 21—24 (unv.).

Kühe: ausgem. 22—26 (unv.), volli. 17—20 (unv.), H. 12 bis 15 (unv.), ger. 8—11 (unv.).

Kälber: feinste Maß- und beste Saugl. 34—37 (35—38), mittl. 29—32 (29—34), ger. 24—27 (25—28).

Schweine: von 240—300 Pfd. 42—43 (41), von 290—240 Pfd. 41—43 (40—41), von 160—200 Pfd. 39—40 (38—39), von 120—160 und unter 120 Pfd. 37—39 (36—37), Sauen 27—33 (28 bis 33). Verkauf: Großvieh mähln, Ueberland; Kälber langsam, Schweine mähln.

Worzhimer Schlachtdienstag vom 1. Febr. Aufgetrieben waren 590 Tiere und zwar 7 Ochsen, 11 Kühe, 50 Rinder, 21 Ferkel, 44 Kälber, 1 Schaf, 428 Schweine. Der Markt verlief mäßig belebt. Ueberland: 7 Stück Großvieh, 19 Schweine. Die Preise für ein Pfund Lebendgewicht betragen: Ochsen a 31—32, b 27—30; Ferkel a 23, b und c 24—27; Kühe a 24, b und c 23—27; Rinder a 34—36, b 27—33; Kälber b 38—41, c 34—38; Schweine b 43—44, c 43—44, d 41—43.

Worzhimer Pferdemarkt vom 1. Febr. Aufgetrieben wurden 110 Pferde, darunter 4 Fohlen. 68 waren erstklassige Tiere zugelassen. Der Handel war wesentlich lebhafter als am vorigen Markttag. Verkauf wurden Schlachtpferde zu 40—100 RM., leichte Pferde 120—400 RM., mittlere zu 450—800 RM., schwere Arbeitspferde zu 850—1300 RM. Beste Tiere wurden über diese Preise gehandelt. Der nächste Pferdemarkt findet am Montag den 7. März statt.

Holzpreise

Die Gemeinde Grömbach verkaufte am 2. Februar ca. 270 Hm. Langholz aller Klassen in 17 Losen zu 35—44 Prozent der Tage Durchschnittspreis ca. 40,5 Prozent. Die Qualität des Holzes ist ordentlich, die Abfuhr ist günstig, in unmittelbarer Nähe der Reumühle gelegen.

Legte Nachrichten

Zollzuschläge für die Einfuhr deutschen Malzes nach Frankreich.

Paris, 2. Febr. Die französische Regierung hat der Kammer einen Gesetzesentwurf zugehen lassen, durch den für die Einfuhr von Malz deutscher Herkunft einen Zollzuschlag von 60 Prozent erhoben wird, und zwar mit der Begründung, daß man die Exportprämie in Höhe von 10 RM. pro Zentner ausgleichen müsse, die Deutschland für die Einfuhr von deutschem Malz nach dem Ausland gewähre.

Die christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands für Hindenburgs Wiederwahl

Köln, 2. Februar. Der Landesauschuß Westdeutschland der christlichen Gewerkschaften hat an Oberbürgermeister Sahm folgendes Telegramm gerichtet: „Ein Bravo Ihrer Tat! Die christliche Arbeiterbewegung Westdeutschlands stimmt freudig für Hindenburg.“

Mord an einer Markthändlerin in Berlin-Steglitz

Berlin, 2. Februar. Die 32 Jahre alte Markthändlerin Ella Visler wurde heute nachmittag in der Schlossstraße in Berlin-Steglitz auf der Treppe vor ihrer Wohnungstür vor einem unbekannten Mann erschossen. Dem Mörder gelang es, unerkannt zu flüchten. Ueber die Motive zur Tat tappt man völlig im Dunkeln.

Die Suche nach „M 2“ — Käufliche Funde

London, 2. Februar. Der erste Lord der Admiralität teilte heute mit, daß man die Kühe des Steuermanns des „M 2“, einen Leinenjack mit Signalflaggen, wie sie von Unterseebooten verwendet werden, sowie den Uniformkragen eines Dekoffiziers auf den Wellen treibend gefunden habe.

Gestorben

Freudenstadt: Christine Finkbeiner, Wäcker-Witwe 60 Jahre alt.

Wetterprognose für Donnerstag

Die stliche Depression dehnt ihren Einfluß mehr und mehr aus. Für Donnerstag ist mehrfaches bedecktes, unbeständiges, auch zu Niederschlägen geeignetes Wetter zu erwarten.

Druck und Betrag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig

Allgem. Orts- (Bezirks-) Krankenkasse Nagold.

Bekanntmachung.

In auffallend vielen Fällen hat es sich in letzter Zeit herausgestellt, daß die Meldungen der Versicherungspflichtigen zur Krankenkasse durch die Herren Arbeitgeber mit den für die Zwecke der Arbeitslosenunterstützung ausgestellten Arbeitsbescheinigungen nicht übereingestimmt haben. Ein- und Austrittstag und die Höhe des Lohnes waren oft falsch angegeben. Zur Verminderung von Anständen werden deshalb die Herren Arbeitgeber dringend ersucht, ihrer Meldepflicht künftig pünktlich und zuverlässig nachzukommen d. h. innerhalb 3 Tagen nach dem Ein- bzw. Austritts- bzw. Abmeldung zu erstatten und bei veränderter Lohn ebenfalls innerhalb 3 Tagen eine Lohnveränderungsanzeige abzugeben. In den Meldungen ist der Bruttolohn und nicht der nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge usw. verbleibende Nettolohn einzutragen. Für die Meldungen sind besondere Formulare vorgeschrieben.

Wer die vorstehenden Bestimmungen nicht einhält, muß in Zukunft mit einer Strafanzahlung an das Versicherungsamt, u. U. mit Nachholung der Beiträge im mehrfachen Betrag und insbesondere bei verspäteter Abmeldung mit Fortzahlung der Beiträge bis zum Tag des Eingangs der Abmeldung bei der Krankenkasse rechnen.

Nagold, den 2. Februar 1932.

Der Kassenvorstand.



N.S.D.A.P.
Ortsgruppe Nagold

Sonntag, den 7. Febr. 1932
nachmittags 4 Uhr im Saalbau z. „Löwen“ in Nagold

MILITÄR-KONZERT

Anschließend
Deutscher Abend
mit Tanz.

Auf Winter-Strick- und Trikotwaren

gebü bis einschließlich 6. Februar

10—20 Prozent Rabatt.

Das Neu- u. Anstricken von Socken u. Strümpfen bringe ich in empfehlende Erinnerung

J. Dengler, Stricker
Ebhansen.

Gesucht für sofort zuverlässiger

Knecht

für Landwirtschaft, etw. 18—20 Jahre alt, in Jahresstellung.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Mädchen gesucht

für Landwirtschaft.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Dehlers Qualitäts-Confituren

- Birnen 1 Pfd. 45 ⚡
- Apfeln 1 Pfd. 50 ⚡
- Apfeln-Confiture 1 Pfd. 55 ⚡
- Birnen 1 Pfd. 55 ⚡
- Kirschen 1 Pfd. 65 ⚡
- Orangen 1 Pfd. 85 ⚡

Ferner:
2 Pfd.-Eimer Birnen
nur 95 ⚡

Chr. Burghard jr.

Die Karnevalszeitung D'Latern

ist zu haben in der Buchhandlung Lauck in Altensteig.

Städt. Forstverwaltung Altensteig.

Brennholz-Verkauf.

Am Donnerstag, den 11. Februar 1932, nachmittags 2 Uhr auf dem Rathus in Altensteig:

Aus Hirschtraben, Vorderes Hirsenteich Markthalde Käufliche, Reumühlberg, Priemen, Breinnenstube, Unteres Schnackentoch, Obere Sommerhalde, Untere Sommerhalde, Bannholz, Hirsenteich, Engw. 13, Strahl's Wald, Salbenhütte, Forstbühl, Obere Mühlhalde, Untere Mühlhalde, Untere Mühlhalde, Rotwassert, Lindengrund, Sohl, M. H. Hinterhang Wald und Walgentich.

Rm. Schindelholz 4, Bachen Prägel 2
Nadelholz Andruck 287

Ferner 12 Fächerlose im Priemen.

Losvergleichsweise durch das Bürgermeisteramt.

Empfehle mich bestens zum

Gravieren

von Bestecken Ringen, Türschildern und dergl.

Karl Bauer, Graveur, Altensteig, Halbersteige

Bausparvertrag

von der G. d. F. in Höhe von 9000 Mark zu verkaufen. Es ist in recht baldiger Zuteilung zu rechnen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Bausparvertrag

Verkaufe einen mit RM. 8000.— Anzahlung RM. 2100.— Kommt bestimmt dieses Jahr noch zur Auslösung.

Wer —? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.